67. Jahrgang Nr. 278

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 22. Juni 1919

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentl. oder M. 1,75 monatl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M. 5,25. Insertionspreis die Zeile M. 1,– mit 50% Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1,– mit 40% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 25 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 50% Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW, Jerusalemer Str. 46-49. Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14007-14009.
Chefredakteur: Otto Buschke.

Filialen: Moritzpl., Kopenicker Str. 67–69, Wiener Str. 1–6, Frankf. Allee 296, Frankf. Allee 246, Gr. Frankf. Str. 101, Greifenw. Str. 167, Schönh. Allee 14, Schönhauser A. 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Lindstr. 61, Königstr. 36–37, Rosenthal. Str. 48, Rathenow. Str. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 88, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 80, Hallesche Str. 69, Charlottenb. Tauentzienstr. 3, Kantstr. 34, Schlangenstr. 30, Nürnb. Str. 25–26, Kaiserdamm 20, Friedenau, Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald, Kurfürstenplatz, Lichtenberg, Frankf. Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1–2, Neukölln, Berlinerstr. 41, Hermannstr. 96–94, Pankow: Borkholmer Str. 1, Reinickendorf: Breite Str. 10, Schöneberg, Hauptstr. 28–34, Mariendorf, Lindenstr. 6, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel, Berliner Str. 19, Tempelhof, Berliner Str. 147, Wilmersdorf: Uhlandstr. 86, Kaiserplatz 18, Brandenburg: Hauptstr. 4, Cöpenick: Schlossstr. 1, Frankfurt a. O. Regierungsstr. 48, Niederschönweide: Brückenstr. 22, Potsdam, Brandenburger Str. 29, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das neue Reichsministerium.

Das Kabinett der Unterzeichnung.

Weimar, 21. Juni.

Das neue Reichsministerium setzt sich, wie folgt, zusammen:

Präsident des Reichsministeriums: Bauer,
Reichsminister des Auswärtigen: Hermann Müller,
Inneres: Dr. David,
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Erzberger,
Reichswirtschaftsminister: Wissell,
Reichsarbeitsminister: Schlicke,
Reichsschatzminister: Mayer (Kaufbeuren),
Reichspostminister: Giesberts,
Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamts: Bell,
Reichswehrminister: Noske,
Reichsernährungsminister: Schmidt,
Reichsjustizminister: bleibt offen.

Das Reichsjustizministerium wird kommissarisch vom Unterstaatssekretär Delbrück verwaltet werden. Es wird versucht, Landsberg über kurz oder lang für das Amt wiederzugewinnen.

Notiz des W. T. B.: Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.

Weimar, 21 Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Durch die Bildung des neuen Kabinetts, das ein Ministerium der Unterzeichnung des Friedensvertrages genannt werden muß, ist die Friedenstragödie zu einem formellen Abschluß gelangt. Der Schandfrieden wird unterzeichnet werden. Niemand kann den Männern, die sich für seine Annahme aussprechen werden, einen Vorwurf machen. Sie handeln nach sorgfältigster Abwägung des Für und Wider aus ihrer innersten Ueberzeugung heraus. Aber jenen Leuten, die diese unentrinnbare Sachgasse schufen, wird nach der formellen Abwicklung der Unterzeichnung ein Kampf blühen, dem sie nicht werden widerstehen können. Viel Schuld trifft allerdings auch die Parteien, die ein unbedingtes Ja nicht voreilig genug in die Welt rufen konnten. Wenige Stunden, nachdem die Mehrheit für Annahme des Friedens bekannt war, las man in den Zeitungen Weimars die Meldung des amtlichen amerikanischen Pressebureaus, wonach der Oberst House erklärt, daß man aus dem Ultimatum keinesfalls schließen könne, daß die Verhandlungen abgebrochen würden; man erwarte von Deutschland eine befriedigende Antwort, die gegebenenfalls Anlaß zu weiteren Verhandlungen böte. Der Ruf dieses Vertreters Wilsons kam zu spät. Herr Erzberger hatte die eigene und die mehrheitssozialdemokratische Fraktion bereits für ein unbedingtes Ja breitgeschlagen. Wieder stehen man einmal vor einem Trümmerhaufen, diesmal aber vor einem, der das Vaterland bedeutet. Morgen mittag wird das neue Kabinett sich der Nationalversammlung vorstellen. Ein Antrag wird die Unterzeichnung des Friedensvertrages befürworten und für das Ministerium Bauer das Vertrauen fordern. Für den ersten Teil des Antrages werden die beiden sozialdemokratischen Parteien, das Zentrum und einige Demokraten stimmen; das Vertrauen zu dem neuen Kabinett wird sich auf die Mehrheitssozialdemokratie und das Zentrum beschränken.

Herr Erzberger hat kein Mittel unversucht gelassen, um die Demokraten im Kabinett zu halten; er bat, Herrn Dernburg als Fachminister und Dr. Preuß wenigstens bis zur Verabschiedung der Verfassung im Amte zu belassen. Jede Form der Erpressung wurde versucht; man drohte sogar damit, überhaupt kein Kabinett zu bilden. Aber die Demokraten blieben fest, und so wurde die Demokratie vor einer Charakterschwäche bewahrt. Auch diejenigen Demokraten, die den Vertrag annehmen werden, billigten einmütig das Fernbleiben der Partei von dem Ministerium Bauer—Erzberger.

Das neue Kabinett zeigt nun eine Zusammensetzung von acht Sozialisten und vier Zentrumsleuten. Der Ministerpräsident Bauer ist ein tüchtiger und erprobter Gewerkschaftsmann, und er würde gewiß in normalen Zeiten ein Ministerpräsident sein, nicht schlechter, als wie wir sie bei dem parlamentarischen Regiment in Zukunft manchmal haben werden. In diesen Zeiten, wo die Größe der Ereignisse auch nach Staatsmännern von Format steigt, muß Herr Bauer hinter den Erwartungen zurückbleiben. Bitter notwendig wäre ihm vor allem ein routinierter Minister des Auswärtigen. Hermann Müller ist einer der brausen Menschen, aber seine Eignung zum Außenminister hat er bisher nur dadurch erbracht, daß er an internationalen Sozialistenkonferenzen und -Kongressen teilnahm. Wie soll er den Aufgaben gewachsen sein, die gerade jetzt hereinstürmen werden, wo wir außenpolitisch wieder in Beziehungen zu den übrigen Ländern treten müssen? Er wird ein Spielball in den Händen der Geheimräte und Dezernenten sein, und unmöglich wird er die dringend notwendige Reform des diplomatischen Dienstes in der Weise vornehmen können, wie das erforderlich ist. Graf Bernstorff wäre gern dem Rufe gefolgt, die unangenehme Bürde des Amtes zu übernehmen; da er sich aber als Demokrat fühlt und sei dem 9. November nicht mehr Beamter ist, konnte er sich nicht bewogen fühlen, als Fachminister in die schwarz-rote Kombination einzutreten. Herr Erzberger hat den stellvertretenden Vorsitz und die Finanzen übernommen. Dieses Kabinett wird sein Kabinettsein. Er ist Triumphator und Diktator. Er wird zwar nur mit Lächeln und immer wieder mit Lächeln seines Amtes walten, und das Häuschen der Mehrheitssozialisten wird den Teufel nicht spüren, auch wenn er es am Kragen hält.

Ungeheure wirtschaftliche und finanzielle Probleme rollt die Durchführung des Friedensvertrages auf. Herr Clemenceau wird ja sein säuberlich mit dem Sklaven Mathias verfahren, weil er niemanden anders kannt, der sein Friedensmachwerk apportieren möchte. Aber mit Erzbergerschem Finanzdilettantismus und Wissellscher gebundener Planwirtschaft läßt sich der Friedensvertrag sicher nicht durchführen. Dann aber wird ein Kabinett der Friedensdurchführung das Kabinett der Unterzeichnung ablösen, und hoffentlich kommt man dann endlich einmal zu einem Ministerium der neuen Männer, die mit geistiger Elastizität und modernen Ideen an den Neuaufbau Deutschlands herantreten. Diese Männer fehlen dem Kabinett fast gänzlich. Der einzige ist der Arbeitsminister Schlicke, der auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik ein trefflicher Fachmann ist. Ursprünglich war für dieses Amt der ideenreiche Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer vorgesehen; aber fast möchte man sagen, daß er für dieses Kabinett zu schade gewesen wäre. Herr Mayer-Kaufbeuren, der Nachfolger Gotheins im Reichsschatzministerium, ist eine Wirtschaftsautorität, aber er gehört zu den alten Reichstagsabgeordneten, und seine Stärke liegt mehr auf dem Gebiete des Wissens als des Könnens. Dr. David, der beste Kopf im neuen Ministerium, wird das Reichsministerium des Innern übernehmen. Dr. Preuß wird es leid tun, das Verfassungswerk nicht noch zu Ende bringen zu können, aber bis vor den sicheren Hafen hat er es gesteuert und seine Schuld wird es nicht sein, wenn es mit einigen Konfusionen endgültig einläuft. Die Nationalversammlung will das Verfassungswerk noch in dieser Woche zum Abschluß bringen, und es wird für Dr. David, der den Beratungen des Verfassungsausschusses fern stand, nicht leicht sein, sich auch nur einigermaßen einzuarbeiten.

Herrn Noske hat Erzberger als Wehrminister zu erhalten gewußt. Es muß sich zeigen, ob Noskes Reifige die steile Höhe sichern, wo Erzberger steht. Geblieben ist auch Robert Schmidt als Ernährungsminister, und Herrn Bell hat man als Mädchen für alles und Minister ohne Portefeuille im Kabinett gelassen. Morgen, Sonntag mittag 12 Uhr, wenn die Sonne im Zenit steht, wird auch Erzbergers Ruhm vom Gipfel erstrahlen. Die deutsche Nationalversammlung wird den schmachvollsten Frieden aller Zeit gutheißen, aber weder die Sonne, noch Herrn Erzbergers ewig lächelndes Gesicht werden sich verfinstern. Für das deutsche Volk aber wird es ein schwarzer und nicht nur ein schwarzroter Tag sein.

*

Weimar, 21. Juni.

Die um sechs Uhr anberaumte, stark besuchte Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung, an der auch Mitglieder des Staatenausschusses teilnahmen, wurde nach dreiviertelstündiger Dauer abgebrochen. Nach Bekanntgabe von Telegrammen für und gegen die Annahme des Friedensvertrages, darunter ein Telegramm der Berliner Staatsrechtslehrer für bedingte Annahme, teilte Reichsminister Erzberger im Auftrage des Ministerpräsidenten Bauer die Ministerliste mit. Auf Anfrage erklärte sowohl Reichsminister Müller wie Reichsminister Erzberger die Bereitwilligkeit, heute abend den Mitgliedern des Friedensausschusses vertrauliche Mitteilungen über die allgemeine Lage zu machen. Die Sitzung findet im Schloß statt.

Das Plenum der Nationalversammlung tritt Sonntag um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen. Nach den bisherigen Plänen wird die Nationalversammlung bis zum Freitag, 27. Juni, zusammenbleiben, um die Verfassungsvorlage und kleinere Vorlagen zu erledigen. Dann soll eine Pause bis zum Dienstag, 1. Juli, eintreten. Man hofft, die erste Lesung der Steuergesetze und andere Vorlagen bis zum 15. Juli erledigen zu können. Die Ausschußberatungen über die Steuervorlagen werden dann voraussichtlich in Berlin stattfinden.

Antrag auf Fristverlängerung.

Weimar, 21. Juni.

Das Kabinett wird sich Sonntag nachmittag um drei Uhr der Nationalversammlung vorstellen und seinen Entschluß erklären, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Diese Entschließung wird auch den alliierten und assoziierten Mächten gleichzeitig mit dem Ersuchen übermittelt, den Termin für die Unterzeichnung hinauszuschieben. Das ist notwendig, weil, gleichgültig von wem die Unterzeichnung erfolgt, ob von einer besonderen Abordnung oder von den Beamten des Auswärtigen Amts, in Versailles neue Vollmachten notwendig sind. Ueber den Modus der Unterzeichnung ist sich das Kabinett noch nicht schlüssig geworden.

Das Unannehmbar der Deutschen demokratischen Partei.

Weimar, 21. Juni. (Privat.)

Die Fraktion der demokratischen Partei hat einmütig folgende Erklärung beschlossen:

„Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei hält den uns angesonnenen Gewaltfrieden für das größte Unglück, das unser Vaterland treffen konnte. Sie ist überzeugt, daß ein besserer Friede Hätte erreicht werden können, wenn die Regierung das Unannehmbar den Feinden gegenüber mit innerer Geschlossenheit und folgerichtig vertreten hätte. Wir fühlen das furchtbar Schwere der Entscheidung. **Dieser Friede ist nach der einmütigen Ueberzeugung der Fraktion unerträglich und unerfüllbar.** Er ist und bleibt nach der Ansicht **einer übergroßen Mehrheit unannehmbar.** Deswegen scheiden wir aus der Regierung aus, und es kann bei dieser Sachlage kein Mitglied unserer Fraktion in die neue Regierung eintreten. Die bisherige Koalition hat ihre dringendsten Aufgaben erfüllt. Sie hat in den gefahrvollen Monaten nach dem Zusammenbruch der Regierung, wie der Volksvertretung überhaupt, erst die Arbeitsmöglichkeit im Innern und die Verhandlungsfreiheit nach außen hin gegeben. Sie hat das Verfassungswerk bis zum sicheren Abschluß gefördert. Sie hat die Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern geschaffen. Die weiteren Aufgaben, die sich die bisherige Regierungsmehrheit gestellt hat, werden wir fördern. Zur Mitarbeit im Rahmen unserer Grundsätze sind wir auch in Zukunft bereit. Opposition schlechthin liegt uns fern. Dem Aufbau des neuen Deutschland, der durch diesen Frieden unendlich erschwert wird, soll unsere ganze Kraft gehören. Nach wie vor sehen wir die einzige Grundlage für die Wiedererstarkung Deutschlands in einer Demokratisierung, deren sozialer Geist allen Volksangehörigen das Bewußtsein der Gleichheit und Zugehörigkeit zu geben vermag. In diesem Geiste erstreben wir vor allem die Neubelebung der nationalen Würde und Geltung, die politische und soziale Gleichberechtigung, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses."

Die Unterzeichnungsgegner der Mehrheitspartei stimmen mit.

Weimar, 21. Juni.

Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung haben folgende Erklärung erlassen:

„Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung sind wie die Gesamtheit der Fraktion überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich ist. Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf der Durchsetzung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, ihn selbst durchzuführen und sich dadurch am wirksamsten von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Bekenntnisse und Leistungen zu überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen.

gez. Wolfgang Heine. Max Quarck. Adolf Braun. Georg Schoepflin. Voigt. Antonie Pfuelf. Klara Bohm-Schuch. Hans Vogel. Mich. Hierl. Th. Wolff. Hoffmann (Pfalz). Fischer (Berlin). Ad. Thiele. Th. Kotzur. Otto Landsberg.

Das Programm des neuen Kabinetts.

Ueber das mutmaßliche Programm des neuen Reichsministeriums erfahren die „V. P. N.", daß es auf allen Gebieten unter Berücksichtigung aller berechtigten bundesstaatlichen Interessen und der Eigenart der deutschen Stämme sowie der Eigenart des Wirtschaftslebens die Reichseinheit sichern und dort wo sie in der bisherigen Verfassung unvollständig ist, ergänzen wird. Das gilt ganz besonders auch für die Gebiete des Finanzwesens und der damit eng zusammenhängenden Regelung des Verkehrswesens (Eisenbahn und Schiffahrt), durch die Konzentrierung der Eisenbahnverwaltung, durch die Ausscheidung von Reibungen zwischen der Vielheit der jetzt bestehenden bundesstaatlichen Verkehrsinstitutionen, durch Tarifeinheit und einheitliche Typen. Selbstverständlich wird Einheit in der auswärtigen Vertretung und strenge Geschlossenheit der auswärtigen Politik angestrebt. Auf sozialem Gebiete sollen die Interessen der Arbeiter und aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Stände zu ihrem vollen Recht kommen. Eine besondere Aufgabe erwächst dem Kabinett aus der Verpflichtung, in dem von den alliierten Mächten besetzten deutschen Gebiet kein administratives Vakuum eintreten zu lassen und für eine Behördenorganisation zu sorgen, die mit der in den letzten ententistischen Vorschlägen angekündigten Verwaltungskommission zusammenarbeitet.

Kabinettswechsel auch in Preußen.

Weimar, 21. Juni. (Privat.)

Wie bereits als ziemlich feststehend angesehen werden kann, wird auch in Preußen eine Ministerkrise eintreten. Eine Neubildung des preußischen Kabinetts wird schon deshalb notwendig werden, weil das Kabinett ja gleichfalls über den Friedensvertrag zu beschließen hat und die demokratischen preußischen Minister dem Beispiel der demokratischen Reichsminister folgen dürften. Die sozialdemokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung hat für morgen ihre Mitglieder nach Berlin zu einer Konferenz eingeladen.

Losreißung der Ostprovinzen?

Polnische Blätter teilen mit, daß die Deutschen in den Ostmarken für den Fall, daß die deutsche Regierung die Friedensbedingungen unterschreibe, die Losreißung der polnischen Provinzen von Deutschland und die Bildung einer ganz unabhängigen „Republik Ostmark" proklamieren würden. Alle waffenfähigen Männer von 18 bis 40 Jahren würden eingezogen werden. Die Gemeindevorsteher hätten bereits die Anordnung erhalten, den Behörden ein Verzeichnis aller Männer in diesem Alter einzureichen. Mit dem Zeitpunkt der Proklamierung dieses Freistaats würden alle Polen, Geistliche sowie Laien, die am öffentlichen Leben hervorragend teilgenommen hätten, gefangen gesetzt werden und über die polnischen Zeitungen sollte die Vorzensur verhängt werden.

„Dziennik Berlinski" meldet, daß die Polen durchaus mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Deutschland rechnen. Alle Polen von 18 bis 45 Jahren seien eingezogen.

Die Haltung Lettow-Vorbecks.

W. T. B. dementiert:

Die Alarmnachricht, wonach der verdienstvolle Afrikaner v. Lettow-Vorbeck sich zum Führer eines Militärputsches machen will in der ausdrücklichen Absicht, die Monarchie wieder einzuführen, ist von A bis Z erfunden. Die Nachricht gibt als Eingelheit die Mitteilung, daß Lettow-Vorbeck gegenwärtig im Osten weile und dort mit Eifer zwei Heere, davon eins gegen Berlin, das andere gegen die Polen, formiere. Auch diese Einzelheiten sind falsch. Herr Lettow-Vorbeck ist dauernd in Berlin.

Ferner teilen die P. P. N. mit: „Die „Freiheit" verbreitet aufwegende Nachrichten über eine angebliche Bewaffnung der Bourgeoisie. So soll ein Herr Münsberg derartige Herbeischaffung von Waffen in großem Stil betreiben. Wie die P. P. N. von zuständiger Stelle erfahren, ist an der ganzen Geschichte nicht ein wahres Wort. Herr Münsberg hat die „Freiheit" eingeladen, seine Lokalitäten vom Sparren bis zur Diele zu besichtigen. Alle Nachrichten über angebliche Bewaffnung der Bourgeoisie sind glatt erfundene Tendenzmeldungen und anscheinend nicht zuletzt dazu bestimmt, die notwendigen Entschuldigungen vorzubereiten für die im geheimen, wenn auch mit sehr geringem Erfolg betriebene Bewaffnung kommunistischer Banden."

Amerika und der Friedensvertrag.

Haag, 17. Juni.

Auch Amerika hat nun seine große Debatte über das Unterzeichnen oder Nichtunterzeichnen. Das Verhältnis des Präsidenten Wilson zu seinem eigenen Lande hat sich in den letzten Tagen erheblich verschlechtert. Eine entscheidende Wendung hat die Abstimmung über den Antrag des Senators Knox gebracht, über den Reuter in einer besonderen Depesche aus Washington mitteilte, daß seine Annahme durch den Senat als offizielle Mitteilung über die Friedenskonferenz aufzufassen sei, und daß der Senat dem Vertrag in seiner gegenwärtigen Form sich widersetzen müsse. Der Antrag Knox bestand aus fünf Teilen. Erstens wurde in ihm ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten zur Sühne des Unrechtes Krieg führten, das Deutschland gegen die amerikanische Regierung begangen habe, und daß das einzige Ziel der Regierung beim Friedensschluß sei, den Zweck, wegen deren der Krieg erklärt wurde, Genugtuung zu schaffen. Zweitens wurde dann behauptet, daß kein Vertrag vom Senat der Vereinigten Staaten gebilligt werden könne, der zu der Verfassung der Vereinigten Staaten Zusätze mache. Drittens sei der Friedensvertrag vom Covenant des Völkerbundes zu trennen, und an Stelle des Völkerbundes habe eine diplomatische Kommission zu treten, die seiner endgültigen Form nicht vorgreifen dürfe, bis Zeit gefunden sei, diese Form einer gründlichen Beratung zu unterziehen. Viertens seien die drei genannten Einschränkungen dazu bestimmt, das tatsächliche Zustandekommen des Friedens zu erleichtern und nicht etwa den Völkerbund selbst zu treffen, der später besprochen werden solle. Fünftens sei der Senat dafür, daß die Vereinigten Staaten eine Erklärung abgäben, daß, falls irgendeine Verbindung der Völker europäischer Mächte den Weltfrieden bedrohen könnte und würde dann die geeigneten Schritte ergriffen würden, um einer zweiten Verwicklung und einem zweiten Weltkrieg vorzubeugen.

Diese fünf Punkte sind sehr diplomatisch abgefaßt, aber sie umreißen doch deutlich die ganze Stellung der Mehrheit des Senats zu der auswärtigen Politik. Punkt eins lehnt die demokratische, das Weltinteresse in den Vordergrund stellende Kriegsformel Wilsons ab, wie das schon früher von den Republikanern versucht worden ist. Punkt zwei hat die Monroedoktrin und die Art, wie sie von dem Obersten House im Völkerbundsvertrag untergebracht worden ist, im Auge. Punkt drei ist außerordentlich wichtig, weil er indirekt den Friedensvertrag mit Deutschland unmöglich macht; denn der Völkerbundsvertrag ist bekanntlich in ihn mit eingeschlossen. Durch den Vorschlag einer diplomatischen Kommission, die die Funktionen des Völkerbundes vertritt, ist aber eine gewisse Brücke für die Annahme des Friedensvertrages mit Deutschland in seiner gegenwärtigen Form durch den Senat gebaut. Punkt vier ist so vorsichtig, ausdrücklich die Zustimmung des Senats zum Völkerbundsgedanken an sich mitzuteilen. Punkt fünf ist bei der Annahme der Knoxschen Vorschläge nicht miteingeschlossen worden; er deckt sich mit so heiklen Fragen wie dem militärischen Garantiebündnis Englands, Frankreichs und Amerikas zugunsten Frankreichs gegen einen deutschen Angriff; es ist möglich, daß die Ablehnung dieses Punktes lediglich auf die völlige Ungeklärtheit dieser Verpflichtungen und der durch sie geschaffenen Lage zurückzuführen ist. In den vier ersten Paragraphen ist klar und deutlich zweierlei ausgesprochen: erstens, daß der Senat die enge Verflechtung des Völkerbundes mit dem Friedensvertrag ablehnen und also die Verantwortung auf sich nehmen will, den von den Alliierten dringend benötigten Frieden mit Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen nicht zustande kommen zu lassen; zweitens ist aber in der Beschlußfassung ausgedrückt, daß der Völkerbundsentwurf, wie er jetzt ist, nicht den Beifall des Senats findet. Das ist die außerordentliche Lage, die durch den am 10. Juni von Knox aus heiterem Himmel eingebrachten Antrag geschaffen wurde, bei dessen Verlesung die Senatoren „verdüsterte dasaßen". In der nächsten Woche wird der Senat selbst sich mit ihm beschäftigen. Nachdem die Kommission sich gestern für den Antrag Knox nahezu einstimmig ausgesprochen hat, ist zu erwarten, daß seine Annahme bald erfolgt.

Bereits seit längerem haben vor allen Dingen die „Times", eine glühende Verehrerin der angelsächsischen Verbrüderung, darauf hingewiesen, daß Wilson immer mehr Boden verliere, und im gleichen Maße der Wunsch, daß Amerika seine frühere Ungebundenheit und internationale Selbständigkeit wiederfinde, in der amerikanischen Oeffentlichkeit wachse und in alle Parteien eindringe. Wie alle großen politischen Bewegungen hat auch diese mit Stimmungen und allgemeinen Gefühlen begonnen; aber man kann heute sagen, daß sie sich sehr schnell zu bestimmten, überall verbreiteten Gedanken und Urteilen verdichtet hat. Man hält den Völkerbund, ja die ganze Friedensarbeit in Paris für eine außerordentlich große Leistung der — englischen Diplomatie, der Wilson aus Schwärmerei und Unwissenheit zum Opfer gefallen ist. Wer höheren politischen Erwägungen im amerikanischen Publikum nicht zugänglich ist, hält sich wenigstens daran, daß im Völkerbund die Vereinigten Staaten nur eine Stimme haben, die Engländer aber durch Dominions und sonstige von ihnen abhängige Gefolgschaft neun. Ferner glaubt man, daß der Völkerbund Amerika zu Kriegen verpflichtet. Man betrachtet ihn als eine Einrichtung mehr zur Veranlassung von Konflikten als zu ihrer Vermeidung, und man findet ihn entweder sinnlos oder außerordentlich gefährlich durch die Verkoppelung mit dem Garantiebündnis. Vor allen Dingen schiebt man aber der abstrakten Völkerbundspolitik Wilsons die Schantungregelung, diesen so taktvoll schweigsam eingesteckten Erfolg Japans, in die Schuhe. Alle diese Gedanken haben sich in der öffentlichen Meinung immer fester eingenistet. Die große Werbereise für den Völkerbund, die Taft, der als republikanischer Präsidentschaftskandidat in Frage kommt, gemacht hat, ergab zwar nach seinem Urteil ein außerordentlich günstiges Ergebnis für den Völkerbund. Aber nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika entwickeln sich heutzutage die Dinge sehr schnell, und wenn die antiwilsonischen Republikaner sich jetzt für den Völkerbund überhaupt, aber gegen den jetzt in Paris geplanten aussprechen, so ist vorauszusehen, daß Taft großen Enttäuschungen entgegengeht.

Es ist kein Zweifel, daß Skepsis und Mißbilligung gegen Wilsons Friedenswerk in Amerika so groß sind, daß die früher fraglos vorhandenen idealen Motive des Durchschnittsamerikaners, die Wirkung der Vertrauen einer übergroßen Mehrheit des Landes für seine auswärtige Politik zugeführt haben, heute ziemlich ruiniert sind. Die „Times" betrachten mit Recht den Völkerbundsentwurf sorgenvoll, weil er den alten antienglischen Strömungen in Amerika sehr starke neue Kräfte zuführt. Sie hätten noch viel mehr Grund, auf die irische Frage hinzuweisen, in der der Senat ebenfalls gegen Wilson und damit in diesem Falle auch wieder gegen England in einer bis jetzt unerhörten Weise Stellung genommen hat. Er hat gegen Wilsons und gegen Lloyd Georges ausdrückliche Meinung sich für die Behandlung der irischen Frage vor der Pariser Konferenz ausgesprochen, und zwar einstimmig bis auf das Votum des offiziellen Kandidaten der progressistischen Partei für die Präsidentschaftswahlen, des Senators Johnson, der aber als ein großes Original gilt. Auch in dieser Frage hat der Senat demonstrativ seine Selbständigkeit und seinen Entschluß betont, sich nicht mehr der Führung Wilsons zu unterwerfen und ihm in Paris den Rücken zu decken. Man kann nicht sagen, daß Wilson in der gefährlichen Lage, in der er sich befindet, glücklich verfährt. Seine Bitte an den Senat, den Friedensvertrag zurückzuhalten, hat eine solche Empörung herbeigeführt, daß selbst Taft Wilsons Ersuchen öffentlich für einen äußerst unglücklichen Schritt erklärt hat. Die lebendige Wechselwirkung zwischen Wilson und seiner Heimat ist eben zerrissen. Es ist unwahrscheinlich, daß Wilson durch seine persönliche Erscheinung, durch Herumreisen, durch Reden sich wieder in den alten Zusammenhang mit seinem Volk bringen kann. Er ist nur noch in seinem eigenen Bewußtsein der Autokrat, der er früher wirklich war.

Wir haben aber allen Grund, anzunehmen, daß Wilson trotz dieser Haltung in Amerika doch schon als ein kompromittierter Mann gilt und weiter gelten wird. Wir begeben uns mit dieser Behauptung in das Gebiet der Stimmungen und Imponderabilien, aber wir glauben, unserer Sache doch ziemlich sicher zu sein. Der Mann auf der Straße in Amerika weiß, daß Wilson Kompromisse geschlossen hat, die er nach der Rolle, mit der er sich auf Kosten und mit Hilfe des amerikanischen Volkes bekleidet hat, niemals schließen durfte. Diese Einsicht ist jetzt irgendwie in ganz Amerika verbreitet.

Das neue Berlin.

Von [Nachdruck verboten.]

Max Schach.

VI. Von Droschken und Kutschern.

Dies ist eine der schönsten Errungenschaften des neuen Berlins: die Droschke, die nimmer leersteht und doch immer den Vermerk „Besetzt" trägt. Oder: „Außer Betrieb!" Wann ist sie nicht besetzt, wann nicht außer Betrieb? Das ist eine reine Preisfrage. Davon eben wollen wir sprechen.

Das ist jetzt kein schlechtes Geschäft, Droschkenkutscher zu sein — wenn es auch nicht halb ein so gutes ist, wie die meisten meinen. Aber — es läßt sich schon dabei leben. Nur die Leute, die unbedingt ein Auto haben müssen, wüßten nicht, wovon sie leben sollten, wenn sie dreimal in der Woche gezwungen wären, Auto zu fahren. Das sind Preise! Dreifache Taxe! Und noch etwas darauf. Oder dreißig Mark für die Stunde. Und auch noch etwas darauf. Kein Mensch denkt mehr an die Zeiten, wo man sich für fünf Mark sogulagen „kutschieren" konnte. Heute sind die fünf Mark selbst auf dem Taxameter der Pferdedroschke blitzschnell vermerkt.

Und der Verkehr mit Droschkenkutschern ist zu einer hochdiplomatischen Angelegenheit geworden. Der Mann auf dem erhöhten Sitz bleibt, wenn du dich ihm näherst, unbeweglich sitzen. Dein freundlicher Gruß, die devoteste Haltung bringt ihn nicht aus dem Gleichgewicht. Bist du sehr gescheidt, so bringst du ihn doch zum Reden. Und hörst dann den fabelhaften Preis. Zu teuer? Nu, dann nicht! Zwanzig andere kommen und beschwören den gelassenen Mann, sie zu fahren. Merkwürdig, wie kalt ihn die dreißig Mark lassen.

Aber es ist doch nicht ganz so merkwürdig. Man muß sie hören alle beide — den Fahrgast und den Wagenlenker. Der hohe Fahrpreis ist unbestrittene Tatsache. Aber, sagt der Chauffeur, wissen Sie auch, was jetzt Benzin kostet, das eigentlich Benzol oder kaum das ist? Wissen Sie auch, daß ein Gummireifen 1600—1800 Mark kostet? Und daß ein geplatzter Reifen den Gewinn vieler Tage umwirft? Nein, das weiß nicht jeder. Immer hin aber weiß fest jeder, daß Benzin und Gummireifen von „hinterherum" gekauft werden müssen, weil das zugelassene Quantum nicht ausreicht. Und was der Schleichhandel an Preisen zu fordern imstande ist, wird jeder von uns so ungefähr wissen. Der Chauffeur muß das alles in seine Rechnung stellen, und der Pferdedroschkenkutscher singt das traurige Lied vom teueren Hafer. Das hält der eine für übertrieben, der andere nicht, im allgemeinen aber hat sich zwischen Fahrgast und Wagenlenker eine Art inzwischenmenschlicher Feindschaft herausgebildet, die sich wohl sehr lebhaft äußern würde, wenn man seinen Endes nicht doch aufeinander angewiesen wäre. Denn wer in dieser Zeit unbedingt den bestimmten Zug am Anhalter Bahnhof erreichen will, wird jeden Preis bezahlen müssen, und es heißt die Intelligenz eines Berliner Chauffeurs unterschätzen, wenn man meint, daß er die günstige Konjunktur nicht restlos ausnützen wird. Er weiß ja nicht, wovon sein Motor morgen leben wird.

Jetzt ist es endlich so weit, daß ernsthaft von autofreien Tagen gesprochen wird. Nach den fleischlosen Tagen wird das zu ertragen sein, und der Hauptteil der Berliner Menschheit kennt ja das Auto überhaupt nur vom Sehen. In der Weltstadt aber ist das Schnellfahrzeug kein Luxusartikel, dürfte es nicht sein, und gerade in diesen Zeiten nicht, wo die Straßenbahn immer mehr in das Tempo längst vergangener Tage gleitet. Den Angehörigen eines Schwerkranken, die auf den Arzt warten, wird man schwer begreiflich machen können, daß erstens jedes Auto besetzt und zweitens nur zu haben ist, wenn mit guten Reden dreißig Mark bezahlt werden.

Dafür stehen die Vehikel haufenweise vor den Toren der Spielklubs. Hier wird jeder Preis bezahlt. Und jeder Wagen ist frei — das heißt: besetzt! Aber das heißt ja frei!

Die künftige Leitung der beiden Berliner Staatstheater. Halbamtlich wird mitgeteilt: Zur Frage der Ernennung der künftigen Leiter der beiden Staatstheater erfahren wir von zuständiger Stelle: Die Personale wurden vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ersucht, in unverbindlicher Weise eine Reihe von Personen zu bezeichnen, die als Leiter das Vertrauen der Angestellten besäßen. Ein Wahlrecht wurde damit nicht anerkannt oder eingeräumt, da hierüber erst in der künftigen Satzung der Staatstheater entschieden wird. Es verbleibt also an sich bei der Ernennung der Bühnenleiter durch die Regierung. Mit der Ernennung sind Besetzungsfragen anderer Art eng verknüpft. Die Vorbereitungen für die endgültige Regelung der Verfassungsfrage sind übrigens so weit gediehen, daß mit dem baldigen Erlaß dieser für die Verfassung der Staatstheater maßgebenden Satzung zu rechnen ist.

Theaterchronik. Die Direktion des Deutschen Opernhauses teilt uns mit, daß die Gutscheine der Stammsitzinhaber und die Karten, die während der Streiktage nicht benutzt werden konnten, in der Woche von 30. Juni bis 6. Juli eingetauscht werden, mit Ausnahme der beiden „Merkfiks"-Vorstellungen, und zwar beginnt der Eintausch für diese Tage am Montag, 23. Juni, vormittags 10 Uhr.

Im Deutschen Theater findet Freitag die Erstaufführung des Schwankes „Auch ich war ein Jüngling . . ." von Neal und Brown mit Max Pallenberg in der Hauptrolle statt.

Schwere Ausschreitungen in Mannheim.

Mannheim, 21. Juni.

Schwere Ausschreitungen sind heute hier vorgekommen. Angeblich, um die Lebensmittelpreise herabzudrücken, wurden Kolonialwarenläden und Konfektionsgeschäfte geplündert und in Privathäusern Erpressungen verübt. Den Versuch, in die Kaserne des Freiwilligenbataillons einzudringen, wehrten Soldaten mit Handgranaten ab; dadurch sind etwa zwanzig Personen, meist Neugierige, zum Teil schwer verletzt worden. Bis gegen Abend sind etwa 200 Personen verhaftet, deren Betreibung die Menge versuchte. Theatervorstellungen, Konzerte und Kinos wurden abgesagt. Sämtliche Wirtschaften müssen um 9 Uhr geschlossen sein. Die beiden sozialistischen Parteien haben ihre Vertrauensmänner sofort einberufen zum Sicherheitsdienst. Zurzeit wird in verschiedenen Stadtgegenden noch geschossen.

Belagerungszustand in Kassel.

Kassel, 21. Juni.

Laut Mitteilung des Generalkommandos ist über den Stadtbezirk Kassel der Belagerungszustand verhängt worden. Die notwendige militärische Sicherung des Bahnhofs usw. ist erfolgt.

Friedrich Stampfer von der Leitung des „Vorwärts" zurückgetreten. W. T. B. meldet: Der bisherige Chefredakteur des „Vorwärts", Herr Friedrich Stampfer, ist zurückgetreten. Wie wir hören, ist der Rücktritt in der ganzen augenblicklichen politischen Situation begründet.

Herr v. Hertzberg im „einstweiligen Ruhestand". In der „Deutschen Zeitung" hatte Herr v. Hertzberg unter der Unterschrift „Kgl. Landrat" Anklage gegen Scheidemann erhoben, worin er ihn der Todesstrafe für schuldig erklärt. Hierzu teilt W. T. B. mit: Herr v. Hertzberg, der in der „Deutschen Zeitung" einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten Scheidemann veröffentlicht hat und durch diesen Brief Herrn Scheidemann die Todesstrafe androht, ist seit dem 15. Mai in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Der deutsche Sozialistentag.

Im Verlaufe der Vormittagssitzung sprach der Vorsitzende des Zentralrates, **Cohen-Reuß**, über „Die politische Notwendigkeit der Einigung". Er führte aus: Die jetzige gegenseitige Bekämpfung der beiden sozialistischen Parteien sei nur erklärlich aus dem Umstand, daß die Vernunft im deutschen Volke ihre Heimstätte verloren zu haben scheine. Die Notwendigkeit der Einigung zeige jeder Tag, insbesondere das Erstarken der Reaktion, die auf dem Marsch sei. Die neue Einigung müsse aber größer und fester sein als die frühere; ein Zusammenschluß nur um des Prinzips der Einigung willen hätte keinen Zweck. Der Redner kritisiert dann die Kriegspolitik der beiden sozialistischen Parteien. Die Rechtssozialisten hätten der Regierung Bethmann Hollweg bedingungslos Gefolgschaft geleistet, sie trieben keine eigene Politik. Die Kreditbewilligung hätte aufhören müssen, sobald es ersichtlich war, daß die Bethmanniche Politik in den Abgrund führte. In diesem Zusammenhang kommt Cohen auf eine **Aeußerung Scheidemanns** auf dem Weimarer Parteitag zu sprechen, die er als

straßenräuberische Manier

bezeichnet. Diese Aeußerung ruft lebhaften Protest unter den Kongreßteilnehmern hervor, und es werden Zurufe laut, so: Ist das Einigung? Auch der Vorsitzende E. Bernstein rügt den Ausdruck. Selbst die U. S. P., fährt Cohen fort, habe wenig positive Arbeit geleistet, es habe ihr an einem bestimmten Programm gefehlt. Dieser ungeheure Mangel an Positivem bei den beiden sozialistischen Parteien sei mit Schuld an dem großen Unglück Deutschlands. Nach der Revolution habe sich dieser Mangel fühlbar gemacht. Die Revolutionsregierung der beiden sozialistischen Parteien habe sich nicht zusammengefunden zu gemeinsamer Tätigkeit, sondern zu gemeinsamer Untätigkeit. Auch die Sozialisierung habe sich der Maßnahmen anzuordnen, die eine Erhöhung der Produktion ermöglichen. Erweist sich die Sozialisierung nicht als eine solche Maßnahme, dann habe sie zu unterbleiben. Das Zukunftsprogramm müsse unter allen Umständen die strikte Verwerfung der Diktatur enthalten, wie sie in Deutschland nach russischem Muster nachgeahmt werden solle. Ueber diesen Punkt müsse unbedingt Einmütigkeit erzielt werden, sonst sei eine Einigung ganz unmöglich.

Der zweite Referent zu dem Thema **Ströbel** (U. S. P.) wandte sich zunächst gegen die Vorwürfe Cohens gegen die Kriegspolitik der U. S. P. und die Tätigkeit der unabhängigen Regierungsvertreter. Er legte dar, daß die drei unabhängigen Volksbeauftragten sehr wohl bestimmte Grundsätze hatten, daß aber die Erfüllung ihrer Forderungen an dem Widerstande der anderen Seite und an anderen Hemmungsmomenten gescheitert sei. Auch dieser Redner ist der Ansicht, daß nach Lösung der Friedensfrage

die Gefahren im Innern nicht behoben

seien, sondern vielleicht noch stärker hervortreten würden. Die schreckliche allgemeine Zerrissenheit sei nur möglich, weil die Regierung ohnmächtig und der Militarismus wieder allmächtig geworden seien. An diesem Zustande sei der Umstand schuld, daß das nationalistische Empfinden bei den Rechtssozialisten noch sehr stark sei. Aber auch die äußerste Linke habe einen Teil der Schuld daran, daß der Militarismus sich in dieser Weise entwickelt habe, indem sie nicht einsehen will, daß die soziale Revolution Halt brauche, und zwar Jahre, vielleicht Jahrzehnte. Es sei doch auch bedauerlich, daß sich ein Teil der Unabhängigen von den Kommunisten habe ins Schlepptau nehmen lassen. Es sei ein Unglück, daß Liebknecht nicht in die Regierung eingetreten und damit einen Teil der Verantwortung übernommen habe. Ebenso bedauerlich sei es, daß Däumig nicht zu bewegen gewesen sei, in das Kriegsministerium einzutreten.

Ein Ueberblick über die Zusammensetzung der Konferenz ergibt folgendes Bild: Vertreten sind unter anderen 70 rechtssozialistische Vereine mit 130 Delegierten, 14 Vereine der U. S. P. D. mit 26 Vertretern, 48 Arbeiter- und Bauernräte mit 75 Delegierten, 21 Zweigvereine der Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie mit 42 Vertretern, die sozialistischen Gruppen von 39 Hochschulen mit 39 Vertretern und die sozialdemokratische jüdische Arbeitervereinigung „Poale Zion" mit 8 Delegierten.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst das Bureau gewählt. Erster Vorsitzender wurde Schulze-Köln, zweiter Vorsitzender Bauer-Berlin. Sodann erhielt Bernstein (S. P. D.) noch einmal das Wort: Die Notwendigkeit der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien sei hinlänglich dargetan. Das grundsätzlich Trennende zwischen ihnen sei die Auslegung bestimmter Schlagworte. Beide Parteien ständen noch immer auf dem Boden des Erfurter Programms, wenn es auch scheine, als wolle die U. S. P. D. die Erfurter Beschlüsse zum alten Eisen werfen. Die Ursache der Spaltung im Sozialismus war die Bewilligung der Kriegskredite. Die Phrase aus dem kommunistischen Manifest, daß der Arbeiter kein Vaterland besitze, habe fast ebensoviel Unheil angerichtet, wie das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats. Bernstein schloß seine Ausführungen mit der dringenden Mahnung, jetzt die Einigung des Proletariats anzubahnen.

Eine lange Debatte entspann sich dann infolge eines Fraktionsbeschlusses der U. S. P. Ein großer Teil der U. S. P.-Mitglieder erklärte, daß die Ausführungen Ströbels am Vormittag nicht dem sozialen Empfinden genügend entsprochen hätten, und verlangten für den nächsten Redner, Wegmann vom Vollzugsrat, unbeschränkte Redezeit. Es kam dabei zu sehr heftigen Zusammenstößen zwischen den einzelnen Debatterednern, namentlich als Wegmann die Ausführungen der voraufgegangenen Redner durch einen Zwischenruf als „Makkulatur" bezeichnete.

Schließlich erhielt **Wegmann** (U. S. P.) das Wort: Cohen und Ströbel ständen auf dem Standpunkt, daß die Einigung durch ein Kompromiß zu erzielen sei. Der Sozialismus sei kein Handelsobjekt, sondern eine Idee, die konsequente Durchführung verlange. Diese Konsequenz sei nur im Rätesystem gegeben. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wegmann behandelt dann in breiter Ausführlichkeit die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Rußland. Kerenski habe sich von den Truppen ebenso einwickeln lassen, wie Noske, und nur dem sozialen Empfinden der Soldaten sei es zu danken, daß die russische Revolution nicht in der Diktatur versackte. Der Redner bezeichnet unter Widerspruch und Gelächter den Bolschewismus als konsequent durchgeführten Sozialismus. Bolschewismus bedeute den Mehrheitswillen. (Zuruf: „Unsinn, das Gegenteil!") Der bolschewistische Terror sei bei weitem nicht so schlimm als der der Noske-Garden. Die russische Industrie sei nicht durch das Rätesystem zusammengebrochen, sondern durch den Umstand, daß die Arbeiter in die Rote Armee hinein mußten, um die deutsche und die Weltrevolution zu retten. Die deutsche Arbeiterschaft sage: Jetzt oder nie! Wir befreien uns mit Hilfe der Intellektuellen vom Kapitalismus, sonst werden wir noch schlimmer ausgebeutet als vor dem Kriege. (Zuruf: Durch die Folgen Ihrer falschen Politik!) Die deutschen Intellektuellen würden sich freudiger in den Dienst des Volkes als der Kapitalisten stellen. (Zuruf: Nein!)

Auf Antrag **Edelstein** (S. P. D.) wurde schließlich die Diskussion über Punkt 1 abgebrochen.

In seinem Schlußwort setzte sich **Cohen-Reuß** mit Wegmann auseinander. Die Behauptung, der Bolschewismus sei nichts anderes als konsequenter Sozialismus, sei nur eine bequeme Ausrede, der Bolschewismus sei im Gegenteil die

Sabotage des Sozialismus.

Dies illustriert Cohen durch eine Schilderung der Zustände im russischen Wirtschaftsleben. Dort sei es jetzt soweit gekommen, daß es nicht weniger als 6 Millionen Staatsangestellte in den Betrieben gäbe, die 50 Milliarden Rubel an Gehalt bezögen, während die Einnahmen nur mit 5 Milliarden in den Etat eingesetzt werden könnten. Mit der Diktatur würde man nur ein kollegiales verantwortungsloses Rätesystem erhalten, mit dem man überhaupt nicht vorwärtskäme. Aus den Betrieben heraus könne niemals die Sozialisierung erwachsen, auf diese Weise jage man nur einen Betriebsegoismus groß. Vielleicht komme es einmal auch in Deutschland zur Diktatur, die in den Abgrund führen müsse.

Außerordentlicher Verbandstag der mittleren Postbeamten.

Vom 16. bis 18. Juni fand im Lehrervereinshaus zu Berlin ein außerordentlicher Verbandstag des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten statt, an dem 180 Vertreter aus allen Ober-Postdirektionsbezirken (bis auf Aachen, Koblenz und Trier, deren Vertreter keine Ausreiseerlaubnis erhalten hatten, aber mit Einschluß der Bezirke Straßburg (Elsaß) und Posen) teilnahmen. Der Tagung wohnten als Vertreter des Reichspostministers Unterstaatssekretär Teuche, Ministerialdirektor Dr. König und Geheimer Ober-Postrat Köhler bei.

Den breitesten Raum der Verhandlungen des Verbandstags und der verschiedenen am zweiten Verhandlungstage zusammentretenden Ausschüsse nahm die Frage der Reform der Personalverhältnisse bei der Postverwaltung in Anspruch. In der Hauptsache handelte es sich darum, das den Oberassistenten vor nahezu 20 Jahren zugesagte Unrecht, das in der Herabdrückung ihrer bis dahin innegehabten Rangstellung besteht, wieder gutzumachen, ohne die berechtigten Interessen der übrigen Beamtenklassen, der Sekretäre usw., zu schädigen, und ferner darum, für die notwendige künftige Neuordnung der Personalverhältnisse den Zeitverhältnissen und den dienstlichen Belangen entsprechende Grundlagen aufzustellen. Eine große Reihe von Anträgen war eingebracht; es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Dem von dem Vertreter des Reichspostministeriums gemachten Hinweis, daß die weitestgehende Forderung dem Reiche eine jährliche Mehrausgabe von 40 Millionen verursache, wurde entgegengehalten, daß ein solcher Grund heute, wo Milliarden-Ausgaben gemacht und ertragen würden, wo der Beamte nach langen Dienstjahren sich schlechter stehe als die große Mehrzahl der Lohnarbeiter, nicht berechtigt sei, daß es im übrigen die Postverwaltung an der Hand habe, diese Mehrausgabe durch eine schon längst nötige gründliche Erhöhung der Postgebühren wieder auszugleichen.

Der Verbandstag nahm schließlich einstimmig einen Antrag an, in dem die sofortige Ueberführung der Assistenten in die Sekretärklasse, die Umwandlung der Sekretärstellen in Obersekretärstellen, und die der Obersekretäre in Stellen für Betriebsaufsichtsbeamte mit dem Titel „Postinspektor" gefordert wird; die jetzige Sekretärprüfung soll für die jetzigen Beamten beibehalten bleiben, dagegen bei der kommenden Personalreform in Wegfall kommen; die nichtangestellten Assistenten sollen den Titel Postpraktikant, die Postverwalter und Postmeister die Amtsbezeichnung Postmeister bzw. Oberpostmeister erhalten.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Marx-Charlottenburg; für innere Politik: i. V.: Friedrich Muller-Berlin-Südende; für Kommunales, Gerichtssaal, Gerichtssitzung und den übrigen Teil: Heinrich Heppenheimer-Berlin; für Feuilleton und „Tägliche Unterhaltungsbeilage": Georg Siegerist-Zehlendorf; für den Inseratenteil: Paul Grätz-Berlin-Lichterfelde.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.
Hierzu 2 Beiblätter.

Sommersprossen
Leberflecke, Mitesser, Pickel, unreiner Teint, Röte des Gesichts u. der Hände verschwinden, d. Haut wird zart weiß u. geschmeidig durch d. erprobte **Kiorokrem** garantiert unschädlich. Hautbleichkrem überall erhältlich.

Das wonnige Gefühl

um ein schönes Kleidungsstück beneidet zu werden, erreichen Sie am ersten mit einem unserer entzückenden

Seidenmäntel,

die Sie bei uns in allen erdenklichen Formen und Farben vorrätig finden.

Leicht genug, um nie lästig zu fallen, schwer genug, um Sie an kühlen Abenden vor Erkältung zu schützen, ist solch ein Seidenmantel das angenehmste Kleidungsstück.

C&A

250.-

Königstraße 33 Chausseestr. 113
Am Bahnhof Alexanderplatz. Beim Stettiner Bahnhof.
Sonntags geschlossen!

A. Wertheim

Jabot-Spitzen
in Tüll u. Valenciennes, elfenbein od. ecrueafarbig in groß. Sortimenten

Klöppel-Spitzen und -Einsätze maschinengearbeitet für Kleider, Blusen, Wäsche und Gardinen, in großen Sortimenten und guten Qualitäten
etwa 1½ bis 4 cm breit ..... Meter 85 Pf. 1.10 1.35 1.85

Filet-Spitzen und -Einsätze maschinengearbeitet, 2–12 cm breit, in guten Ausführungen
etwa 2 cm breit 2.50 2½ cm breit 3.25 3 cm breit 4.50 4 cm breit 5.75

Valenciennes-Spitzen
sowie Einsätze, gute Qualitäten für Wäsche, Blusen u. Kleider in schöner Auswahl

Damen-Handschuhe

Stoffhandschuhe

Zwirnhandschuhe weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen 2.50
Zwirnhandschuhe durchbrochen, mit 2 Druckknöpfen 2.90
Seide Perlifilet schwarz, mit 2 Druckknöpfen 3.90
Leinen-Ersatz farbig und schwarz, mit 2 Druckknöpfen 3.90
Seide weiß, farbig und schwarz, mit 2 Druckknöpfen 4.90
Schweden-Ersatz weiß m. schwarzer Aufnaht, m. 2 Druckknöpfen 3.90

Kurze Halbhandschuhe

Zwirn durchbrochen, weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen ... 75 u. 95 Pf.
Seide durchbrochen, weiß und schwarz . 1.45

Lange Halbhandschuhe

Zwirn durchbrochen, weiß u. schwarz 95 Pf.
Zwirn durchbrochen, weiß und schwarz . 1.75
Seide gemustert, weiß und schwarz ... 2.50

Lange Fingerhandschuhe

Zwirn durchbrochenes Gewebe, ca. 10-12-Knopf-Lge., weiß u. schwarz 4.90 u. 5.75
Weiße Ziegenleder mit 2 Knöpfen . 9.75

Weißwaren

Blusen-Matrosen-Kragen große Form aus gesticktem Batist, mit Valenciennes-Einsatz garniert ..... Stück 6.75
Revers-Kragen für Jacken und Blusen geeignet, aus glattem Voile mit Valenciennes-Einsätzen ..... Stück 10.50
Jabot mit Stehkragen, glatter Tüll, garniert, mit breitem Tüll-Einsatz ..... Stück 5.25
Tüll-Jabot mit Stehkragen, gut waschbar ..... Stück 6.00

Korsette

Hüftkorsett aus Band, weiß 20.75
Korsette weiß Leinen mit Langette .. 27.50
Korsette weiß Leinen, lange Form ... 35.00
Korsette mode Leinen, bestickt, halbhohe Form 45.00

Damen-Wäsche

Damenhemden aus Renforcé, m. Besatz 24.75
Damen-Beinkleider dazu passend . 19.75
Damen-Nachthemden dazu passend 45.00
Stickerei-Röcke mit breitem Volant und Banddurchzug 60.00
Untertaillen mit Stickerei-Bin-u. Ansatz 18.75
Deckbettbezüge aus Lousianatuch .. 52.50
Kissenbezüge aus Lousianatuch 15.50
Bettlaken ungebleicht Nessel 20.15

Waschblusen (Verkauf Wäschelager)

Voll-Voile reich gestickt, halsfrei ... 69.00
Voll-Voile reich gestickt, halsfrei, mit imitierter Filetspitze 85.00
Voll-Voile reich gestickt, mit imit. Filetspitze und Umlegekragen 83.00

Weihes Gedenken
zum 1. Sterbetage unseres lieben, unvergeßlichen jüngsten Sohnes, Bruders und Schwagers, des Kanoniers

Bruno Kuhnert

Feld-Artill.-Regt. 37, 4. Battr., verw. 31. Mai 1918, gest. 22. Juni 1918 im Kgl. Sächs. Feldl. 386 zu Fevy.

Was auf der Welt das Liebste dir,
O glaube nur, du mußt es lassen.
Kein Bleiben hat die Liebe hier,
Drum lerne, armes Herz, dich fassen.
Dich hat der Tod so früh hinweggenommen,
Uns ist es stets, als müßtest du doch wiederkommen.

Gewidmet von deinen Eltern
Kopernikusstr. 21.

Kameraden, die mit meinem Sohn im Lazarett lagen und mir über seinen Tod Näheres mitteilen könnten, wollen sich, bitte, melden.

Luftkurort Brückenberg-Wang Riesengebirge
700–1100 m über dem Meere, das ganze Jahr geöffnet. * Auskunft u. Wohnungsverzeichnis durch den **Orisverein.**

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden
Jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete hartnäckige **Harnleiden u. Ausflüsse,** Rhrich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, **Licht- und Finsen-Behandlung.** Eigenes Kur-Bad für Elektr. u. med. Bäder. Damenraum separ.
Aerztlich geleitete Heil-Anstalt
Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. * nahe Alexanderplatz.

Blutarmut und Nervenleiden.
Für Erholungsbedürftige (Kriegsgeschädigte) besonders empfehlenswert ist
Dr. med. Phil. Pfeuffers Hämoglobin
Hämoglobin-Tabletten, Hämoglobin-Extrakt, Nerventabletten, Flüssiges Hämoglobin (Hämatogen). Erhältlich in all. Apotheken.
Hämoglobinfabrik Dr med. Pfeuffer, München. *

Bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen
in erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private
Möbel-Grossisten Berliner Tischler- und Tapezierermeister
Albert Gleiser,
Berlin C. 21, Alexanderstr. 42, Alexanderplatz.
Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Auserlesensten. Besichtigung äusserst lohnend und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland. †

Flechten-Wunden offene Füsse, Krampfadergeschwüre, Ekzeme heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **hautblidende** schmerzstillende **„Vater Philipp-Salbe".** Preis 2,00 u. 3.75 M.; erhältlich in Elefanten-, Kronenapotheke, Viktoriaapotheke u. Minerva Apotheke, Charlottenburg. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Ostpreußen 50*.**

Moorbad Polzin
Kurmittel: Moor-, Stahl-, Fichtennadel-, kohlensaure, elektrische Bäder gegen **Rheumatismus, Gicht, Ischias, Frauen-, Nerven- und Hautleiden.**
Luftkurort. Auch im Winterbetrieb.
9 moderne Kurhäuser. 1 Sanatorium. Viele Einzelvilla.
Pommersche Schweiz
Herrliche Natur! Aussergewöhnlich heilkräftige Moore.
Sehr billige Verpflegung!
Auskunft kostenlos: Bade-Verwaltung.

Photo-Apparate
Verkauf-Tausch-Ankauf
Verlangen Sie bitte unser Angebot.
Ausführung aller Photo-Arbeiten
Rodenstock-Brack & Cie G.m.b.H.
Friedrichstraße 59–63, Ecke Leipziger Straße
Leipziger Straße 101–102, Ecke Friedrichstraße
Rosenthaler Straße 45, Nähe Hackescher Markt
Jacobstraße 1 Straße 44, Bahnhof Zoolog. Garten

Gelegenheits-Kauf!

Wir sind in der Lage, den Lesern der Berliner Volks-Zeitung folgende ausgezeichnete Bücher zu besonderen Vorzugspreisen anzubieten:

Des Handwerks goldener Boden.
Selbstbelehrungs-, Fortbildungs- und Nachschlagewerk für Handwerker und Kaufleute, in 3 starken eleganten Leinenbänden über 1300 Seiten statt 28.— für 18.50.

Das goldene Buch des Handwerks.
Lehr- und Kernbuch für Meister, Gesellen und Lehrlinge. Zwei stark, elegante Leinenbände über 1100 Seiten statt 26.— für 16.50.
Beide Werke reich illustriert und wegen ihrer eleganten Ausstattung Geschenkwerke I. Ranges.
Buchführung, Schriftverkehr, Rechnen, Kalkulieren, Gesetzeskunde, Formularwesen, Materialienkunde, Technik, Genossenschafts-, Steuer- und Submissionswesen usw., kurz alles, was der Handwerker wissen muß, wird in klarer Weise an Hand von Beispielen und Bildern gelehrt.

Buch der Erfindungen und Entdeckungen.
Großer Band elegant gebunden mit 582 Bildern und Tafeln. Friedensausstattung, ca. 1000 Seiten. Wunderbares Geschenkwerk! statt 22.— 15.50.
Wir empfehlen rasche Bestellung, da Vorrat nicht mehr groß. Sendung per Nachnahme von

Buchhandlung Gebr. Teisman, Osnabrück 11.

Wegen Umwandlung meiner Fabrik
habe abzugeben:
1 große Seifenpulver-Mischtrommel, ca. 1500 kg fassend,
1 große Teigknetmaschine mit Armen, ca. 1000 kg fassend,
1 Teigknetmaschine mit Armen, ca. 500 kg fassend,
1 Mischtrommel, ca. 200 kg fassend,
1 Mischtrommel, ca. 50 kg fassend,
1 Stangenpresse,
1 Gasmotor, ca. 8 PS.,
1 elektrische Seifenausspreßmaschine.
Die Maschinen sind alle in tadellosem Zustande und sofort in Betrieb zu nehmen.
Chemische Fabrik Alfred Ebenstein,
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 140.

Urbin
det seh ick jetzt janz klar,
putzt doch die Stiebel wunderbar!
In Dosen aller Grössen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

10000 Musikinstrumente preiswert zum Verkauf
Musikhaus Münzstr. 18
Am Alexanderplatz

Färberei erledigt schnellstens **Umfärben**
von Uniformen, Mänteln, Decken, Zeltbahnen
Sommerfarben
auf Leinwand
bleu * rosa * mode * dütenblau
M. Petzold & Co.
Berlin S., Alexandrinen-Strasse 51.
Fernsprecher Moritzplatz 2707.

Stottern Stammeln, Lispeln, Nervosität und Angstgefühl vorm Sprechen, Atemnot beseitigt gründlich
Dr. Schruders Spezialinstitut für Stotterer usw.
Berlin W., Lützowstr. 30 (Sprechst. 8–8 Uhr). *
Jeder, der stotterfrei singt, erhält eine flüssende, natürliche Sprache.

Neu erschlossen
Gartenlandparzellen
in guter Kultur, zur Selbstbewirtschaftung und zur sicheren Kapitalsanlage sehr geeignet, in bequemster Lage am **Strassenbahnhof Nordend-Niederschönhausen,** verkaufe für den **ausnahmsweise billigen** Preis von
60–75 M. die Quadratrute.
Auskunft, auch Sonntags, zwischen 4–8 Uhr Schillerstr., an der **Endhaltestelle** der Linie 37 in Niederschönhausen.
E. Hofesch, Amt Moabit 8875.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N. 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstr.
die Rechtsauskunftei des großen Publikums
Prozeßabteilung. Sprechzeit 9–8.
Bisher über 120000 Ratsuchende

Bekanntmachung.

Durch Gemeindebeschluß vom 26. März 1919 ist bestimmt worden, daß der von den städtischen Gaswerken zu erhebende Gaspreis am Ende jedes Kalendervierteljahres auf Grund der in den letzten drei Monaten gezahlten Kohlenpreise festzusetzen ist. Als Grundlage für die Berechnung dient ein Gasgrundpreis von 37 Pfennigen bei einem Kohlenpreise von 60 M. für die Tonne frei Gaswerk. Für je rolle 2 M. Steigerung oder Ermäßigung des Kohlenpreises ist der Gaspreis um je 1 Pfennig zu erhöhen oder zu ermäßigen.

Der Durchschnittskohlenpreis im Vierteljahre April/Juni ist um mehr als 20 M. über den Grundpreis von 60 M. gestiegen.

Demgemäß werden die Gaspreise mit Wirkung von den im Juni 1919 aufgenommenen Gasmessern ab um 10 Pfennige erhöht, so daß von dem genannten Zeitpunkte ab für 1 cbm Gas

I. bei der Entnahme durch gewöhnliche Gasmesser **47 Pfennige,**

II. bei der Entnahme vermittelst Gasautomaten einschließlich 2,46 Pf. Mietzins für die Gaseinrichtung **44,46 Pfennige**

zu zahlen sind.

Abnehmern, die Gas durch gewöhnliche Gasmesser beziehen und im Verkaufe eines ganzen Geschäftsjahres der städtischen Gaswerke bei unentdeckbarer Gasentnahme nicht mehr als 365 cbm verbrauchen, erhalten am Jahresschluß wie bisher 5 Pfg. des gezahlten Preises pro cbm gutgeschrieben.

Berlin, den 14. Juni 1919.

Direktion der städtischen Gaswerke.
Lenze. Gabanier.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands,
Filiale Berlin, Gebauerstr. 37/38.

Achtung! Stapel-Konfektion! Achtung!
Montag, den 23. Juni 1919, abends 7 Uhr, bei Schulz, Königsgraben 2.

Versammlung
aller in der Stapel-Konfektion beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Es ist unbedingt notwendig, daß alle in dieser Branche Beschäftigten in dieser Versammlung erscheinen!

Die Kommission.

Erfrischungsgetränke
Konzentrierte Kunstlimonade mit
Himbeer
Zitrone • Waldmeister
Geschmack. Mit Wasser verdünnt, ergeben diese Extrakte eine herrliche, süsse Limonade.
Kein Zucker erforderlich!!
Liter Mark 3.– inkl. Steuer.
H. Krömer,
Berlin N., Oranienburger Str. 66.
Fernruf Norden 9249.
Verkaufsstellen:
Andreasstrasse 78 | Birkenstrasse 28
Chausseestrasse 76 | Petersburger Str. 68
Potsdamer Strasse 76
Neukölln: Bergstrasse 49
Spandau: Brückenstrasse 4
Friedrichshag., Friedrichstr. 105
Nowawest: Lindenstrasse 7
Versand
in Korbflaschen à 5, 10, 25 Liter.

Jeder sichere sich zeitig für ein Eigenheim
Baustellen
in der Gemeinde Heiligensee am Bahnhof Schulzendorf
als beste Anlage für Ersparnisse
mit nur
Mk. 500.–
Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von
Mk. 100.–
Gemüse- u. Kartoffelbau, eigene Viehhaltung verbilligt das Wohnen und schafft Freude und Gesundheit!
Auskunfte und Pläne durch
Berliner Bodenverein, Berlin, Friedrichstr. 171 III. Tel. Zentrum 1952 u. 1943.
an Ort u. Stelle durch Hemmann, Jägerweg 1. *